

Fragen

für die Sitzungswoche des Deutschen Bundestages

vom 19. Mai 1980

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	2
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	5
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	7
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	7
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	9
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	10
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung .	11
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	13
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	14
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen	16
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	22
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen .	22
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie .	23
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft .	25
Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit	25

Schriftliche Fragen gemäß IV.**Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen**

1. Abgeordneter
Dr. Häfele
(CDU/CSU)

Was unternimmt die Bundesregierung, um der kürzlich vom Bundesarbeitsgericht getroffenen Feststellung Rechnung zu tragen, daß im Bereich der Betriebsvertretungen bei den Stationierungskräften nach wie vor die alten Regelungen des Bundespersonalvertretungsgesetzes von 1955 gelten und das neue Bundespersonalvertretungsgesetz von 1974 erst dann zugrundegelegt werden kann, wenn eine förmliche Änderung der Abkommen zwischen den Partnern des Nato-Truppenstatuts vorgenommen und ratifiziert worden ist?
2. Abgeordneter
Dr. Häfele
(CDU/CSU)

Bis wann ist mit der Änderung und Ratifizierung der Abkommen zwischen den Partnern des Nato-Truppenstatuts zu rechnen?
3. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU)

Welche Vorkehrungen hat die Bundesregierung getroffen, um den Schutz der Auslandsvertretungen der Bundesrepublik Deutschland vor Überfällen und Gewaltakten, insbesondere solchen mit Geiselnahme, sicherzustellen?
4. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung auf Grund der Erfahrungen der jüngsten Zeit mit Überfällen auf diplomatische Vertretungen in verschiedenen Ländern internationale Vereinbarungen vorgeschlagen oder solche Vorschläge unterstützt, die auf ein gemeinsames Vorgehen aller Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen gegen Gewaltakte abzielen, die sich gegen diplomatische Vertretungen und gegen ihr Personal richten?
5. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU)

Gibt es Staaten, deren Regierungen sich gemeinschaftlichen Absprachen zum Schutz der diplomatischen Vertretungen gegen Gewaltakte widersetzen, und um welche Staaten handelt es sich gegebenenfalls?
6. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung auf Grund der jüngsten Vorfälle die iranische Regierung darauf hingewiesen, in welcher schwerwiegenden Weise die von ihr geduldete oder gedeckte Gewaltaktion gegen die US-Botschaft in Teheran und ihr Personal die Ursache für weitere, den diplomatischen Verkehr zwischen den Staaten beeinträchtigende Verbrechen dieser Art werden kann, und wie hat die iranische Regierung gegebenenfalls darauf reagiert?
7. Abgeordneter
Meinike
(Oberhausen)
(SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß bisher schon u. a. England, Frankreich, Griechenland, Schweiz, Finnland, Irland, Dänemark, San Marino, Jugoslawien, Österreich und Schweden entschlossen sind, Sportler zu den XXII. Olympischen Sommerspielen 1980 in Moskau und Tallinn zu entsenden, und wo liegen die Gründe dafür, daß eine einheitliche Haltung der Regierungen bzw. nationalen olympischen Komitees der Mitgliedsländer der Europäischen Gemeinschaft nicht zustande gekommen ist?

8. Abgeordneter
Meinike
(Oberhausen)
(SPD)
- Sieht die Bundesregierung sich veranlaßt, ihre Empfehlung an das Nationale Olympische Komitee für Deutschland, wegen der sowjetischen Militäraction in Afghanistan keine Mannschaft oder einzelne Sportler zu den XXII. Olympischen Sommerspielen 1980 in Moskau und Tallinn zu entsenden, zu überprüfen, weil jetzt die Gefahr besteht, daß sich die Bundesrepublik Deutschland durch eine Nichtteilnahme an den Olympischen Sommerspielen 1980 in Westeuropa isoliert?
9. Abgeordneter
Kraus
(CDU/CSU)
- Treffen Gerüchte zu, wonach deutsche Staatsangehörige in türkischer Haft zu Tode gekommen sind oder Gesundheitsschäden erlitten haben, und um wieviel Fälle handelt es sich gegebenenfalls hierbei?
10. Abgeordneter
Kraus
(CDU/CSU)
- Was unternimmt die Bundesregierung über ihren auswärtigen Dienst, um die Versorgung von in türkischen Gefängnissen inhaftierten deutschen Staatsangehörigen mit Lebensmitteln, Bekleidung, Medikamenten sicherzustellen, nachdem in türkischen Haftanstalten insoweit Selbstversorgung der Insassen — z. B. durch Familienangehörige — vorausgesetzt wird, und wie stellt sie die umgehende Weiterleitung von Geld- und Geschenksendungen von in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Angehörigen sicher, soweit sich diese an die Einrichtungen des auswärtigen Dienstes wenden?
11. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)
- Besteht nicht die Gefahr, daß die erheblichen Haushaltskürzungen zur Finanzierung des Nachtragshaushalts 1980 im Bereich des Auswärtigen Amtes entscheidende Funktionen gefährden, und welche Maßnahmen werden getroffen, um die Funktionsfähigkeit im auswärtigen Dienst — z. B. auch die Vertretung bei internationalen Verhandlungen und eine angemessene kulturpolitische Tätigkeit — zu gewährleisten?
12. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß amtliche amerikanische Kreise die Zweideutigkeit bei Sanktionsmaßnahmen von EGM-Ländern gegen den Iran und die Sowjetunion rügen, und hat die Bundesregierung nach den Äußerungen von Unterstaatssekretär Cooper (USA) widerlegen können, daß die Bundesrepublik Deutschland an „einer Aushöhlung der Sanktionsbeschlüsse“ beteiligt ist (NSP I vom 10. Mai 1980)?
13. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung, im Rahmen ihrer Sorgfaltspflicht auch für die Sicherheit deutscher Staatsangehöriger im Ausland, nicht bekannt, daß in sämtlichen Etagen Moskauer Hotels, in denen Ausländer untergebracht sind, Abhöreinrichtungen bestehen, und wenn ja, warum wurde dies in der Antwort auf die Frage des Abgeordneten Dr. Möller am 17. April 1980 seitens des Staatsministers Dr. von Dohnanyi nicht gesagt?
14. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß bei der Durchführung der mit Zustimmung des Bundesrates erlassenen Verordnung über die Visumpflicht für iranische Staatsangehörige die Visa nicht in der zuständigen deutschen Auslandsvertretung, sondern an jeden bei der Einreise aus dem Iran in der Bundesrepublik Deutschland ausgestellt werden?

15. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß in den Memellandkreisen Ostpreußens — so u. a. das Herder-Institut Marburg, Lahn — zwischen 30 000 und 40 000 Deutsche leben, denen der Gebrauch ihrer deutschen Muttersprache untersagt wird und die von der sowjetischen Statistik als „Litauer“ geführt werden?
16. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß Aussiedlungsanträge aus Nordostpreußen von den Moskauer Behörden nur in Ausnahmefällen genehmigt werden, weil weite Teile des Königsberger Gebiets (z. B. Pillau und das Kurische Haff) zur Militärsperzone gehören und ihre Bewohner aus sowjetischer Sicht zu „Geheimnisträgern“ zählen?
17. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU) Mit welchen konkreten Ergebnissen hat die Bundesregierung in den letzten beiden Jahren mit der Sowjetregierung über eine Öffnung des nördlichen Ostpreußens für Touristen verhandelt, und was gedenkt sie jetzt in dieser Hinsicht zu unternehmen, um endlich ein befriedigendes Ergebnis zu erreichen?
18. Abgeordneter
Peiter
(SPD) Treffen Pressemeldungen darüber zu, daß Libyen von der Bundesrepublik Deutschland „Milliarden Dollar als Entschädigung für riesige Verluste und Schäden“ fordert?
19. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU) Wieviel polnische Wochen und Gesprächskreise haben 1979 unter Vermittlung und mit Unterstützung des Auswärtigen Amts in der Bundesrepublik Deutschland stattgefunden, und wie verhält es sich umgekehrt mit deutschen Wochen und Gesprächskreisen in der Volksrepublik Polen?
20. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU) Was hat die Bundesregierung gegen die vom Botschafter der Volksrepublik Polen in Bielefeld aufgestellte Behauptung von „immer noch zahlreichen lauten revisionistischen Kräften in der Bundesrepublik, Menschen, die aktiv gegen die Verständigung und die Schaffung von Vertrauen zwischen unseren Ländern auftreten und sich vom verbissenen Antikommunismus und antipolnischer Haltung leiten lassen,“ unternommen?
21. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU) Welche Konsequenzen gedenkt die Bundesregierung aus der Beobachtung zu ziehen, daß „wir eher mehr rumänische, mehr ungarische, mehr polnische kulturelle Darbietung bei uns als wir bisher in den jeweiligen Ländern haben“ (Staatsminister Frau Dr. Hamm-Brücher am 20. April 1980 im ZDF)?
22. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU) Stimmt die Feststellung der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 2. April 1980, aufgegriffen am 11. Mai 1980 von Radio DDR 1, „Wir sind in der Bundesrepublik drauf und dran, die Klassiker der deutschen Literatur an die DDR zu verlieren“?
23. Abgeordneter
Weiskirch
(Olpe)
(CDU/CSU) Sind der Bundesregierung Pressemeldungen bekannt, nach denen der Vorsitzende der schwedischen sozialdemokratischen Opposition und ehemalige Ministerpräsident Palme im Anschluß an ein „sozialdemokratisches Führungstreffen“ in Hamburg, an dem auch Bundeskanzler Schmidt und der SPD-Vorsitzende Brandt sowie Bundeskanzler Kreisky, Ministerpräsident Jörgensen und Hollands Sozialdemokratenchef den Uyl teilnahmen, überraschend nach

- Moskau gereist ist, um die Mitarbeit der Sowjetunion in einem internationalen Abrüstungskomitee zu gewinnen, in welcher Weise ist Bundeskanzler Schmidt oder die Bundesregierung am Zustandekommen dieser Moskaureise beteiligt, und haben sie auch der Reiseabsicht von Herrn Palme zugestimmt?
24. Abgeordneter
Weiskirch
(Olpe)
(CDU/CSU)
- Sind der Bundesregierung außerdem Pressemeldungen bekannt, nach denen Herr Palme — aus Moskau zurück — das positive Interesse der Sowjetunion an der Idee eines solchen Ausschusses bekundet hat, der seinen Hauptsitz in Wien erhalten, unter den Vorsitz von Herrn Palme gestellt werden und dessen Finanzierung aus unabhängigen Quellen erfolgen soll, und in welcher Form ist die Bundesregierung gegebenenfalls an der Vorbereitung und Durchführung dieses „Abrüstungskomitees“ beteiligt?
25. Abgeordneter
Weiskirch
(Olpe)
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, wer zu diesem Treffen, das im Privathaus von Bundeskanzler Schmidt in Hamburg stattgefunden hat, eingeladen hat, und kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, ob eine derartig wichtige Initiative zuvor mit dem Auswärtigen Amt und dem Bundesverteidigungsministerium als den zuständigen Ressorts abgestimmt worden ist?
26. Abgeordneter
Weiskirch
(Olpe)
(CDU/CSU)
- Hat Bundeskanzler Schmidt die Vereinigten Staaten oder andere westliche Bündnispartner von der Absicht des „sozialdemokratischen Führungskreises“, Herrn Palme nach Moskau zu schicken, in Kenntnis gesetzt, oder hat auf andere Weise eine Abstimmung innerhalb des westlichen Bündnisses vor dieser Moskaureise stattgefunden?
27. Abgeordneter
Biehle
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung Berichte bestätigen, wonach in Afghanistan seit geraumer Zeit militärische und zivile Berater aus der DDR eingesetzt sind, diese zum großen Teil dem Ost-Berliner Ministerium für Staatssicherheit angehören und u. a. mit dem Aufbau eines Staatssicherheitsdienstes in Afghanistan befaßt sind?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

28. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD)
- Inwieweit ist der Bundesregierung bekannt, ob in Ägypten Christen, gegebenenfalls nur bestimmte Glaubensrichtungen, verfolgt werden, und welchen Einfluß hat das auf die Praxis der Asylgewährung?
29. Abgeordneter
Pawelczyk
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß Bundesbedienstete — insbesondere Soldaten — durch das Bundesumzugskostengesetz häufig gezwungen sind, bei Versetzungen in ungünstige — z. B. mit ungeeigneten Schulen ausgestattete — Wohnorte zu ziehen, weil ihnen Umzugskosten nur bis zu einer bestimmten Entfernung der Wohnung von der Gemeindegrenze des künftigen Dienorts erstattet werden können?

30. Abgeordneter
Pawelczyk
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit zu erwägen, ob die genannte Regelung gemäß Bundesumzugskosten-gesetz in begründeten Einzelfällen flexibler ge-handhabt werden kann, indem besondere fami-liäre Verhältnisse und Bedürfnisse künftig stärker be-rücksichtigt werden?
31. Abgeordneter
Biechele
(CDU/CSU) Sind Informationen zutreffend, daß eine Arbeits-gruppe beim Umweltbundesamt einen Großversuch in Berlin mit einem umweltfreundlicheren Streusalz vorbereitet?
32. Abgeordneter
Biechele
(CDU/CSU) Wer ist gegebenenfalls an diesem Großversuch be-teiligt, und welche Zielsetzungen verfolgt er?
33. Abgeordneter
Dr. Schäuble
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß das Bundesinnenministerium ent-gegen der Auffassung des wissenschaftlichen Bei-rats und des Bundesausschusses Bildung und Wissen-schaft des Deutschen Sportbunds empfiehlt, daß eine Delegation aus der Bundesrepublik Deutsch-land an dem aus Anlaß der Olympischen Spiele in Moskau stattfindenden Weltkongreß der Sportwis-senschaft in Tiflis teilnehmen soll?
34. Abgeordneter
Dr. Schäuble
(CDU/CSU) Hält die Bundesregierung dies gegebenenfalls für ver-einbar mit ihrem Beschluß vom 22. April 1980 und der Empfehlung des Deutschen Bundestages vom 23. April 1980 bezüglich einer deutschen Teilnahme an den XXII. Olympischen Spielen?
35. Abgeordneter
Besch
(CDU/CSU) Wieviel und welche Dienststellen des Bundes befan-den sich 1970 und 1980 im Landesteil Schleswig?
36. Abgeordneter
Conradi
(SPD) Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung angesichts der zunehmenden militanten Aktivi-täten türkischer rechtsextremer Gruppen in der Bundesrepublik Deutschland?
37. Abgeordneter
Conradi
(SPD) Warum hat es die Bundesregierung bisher unterlas-sen, die „Türkischen nationalen Kulturvereine“ und die „Türkischen Idealistenvereine“ entsprechend § 3 des Vereinsgesetzes zu verbieten, obwohl bekannt ist, daß hinter diesen Vereinen die rechtsextreme „Partei der nationalen Bewegung (MPH)“ und ihre Jugendorganisation „Graue Wölfe“ stehen, die diese Vereine und ihre Veranstaltungen zur Indok-trination und Einschüchterung türkischer Arbeit-nehmer in der Bundesrepublik Deutschland be-nutzen?
38. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU) Wie groß ist die Entfernung vom neuen Standort der Grenzkontrollstelle Herleshausen an der hes-sisch-thüringischen Zonengrenze bis zum Gebiet der DDR, und wie soll künftig die grenzpolizeiliche Kontrolle für den Bereich zwischen Kontrollstelle und Demarkationslinie durchgeführt werden?
39. Abgeordneter
Dr. Jentsch
(Wiesbaden)
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß Bewerber für den Bundesgrenz-schutz von der Abgabe ihrer Bewerbungsunterlagen bis zur Einstellung durchschnittlich zehn Monate warten müssen, und hält die Bundesregierung ge-gebenenfalls diese Dauer für vertretbar?

40. Abgeordneter
Dr. Jentsch
(Wiesbaden)
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß die Stellen des gehobenen Polizeivollzugsdienstes (ohne Bundesinnenministerium, einschließlich des Grenzschutzeinzeldienstes) 1979 nur zu 60 v. H. der Sollstärke besetzt waren, und worauf führt die Bundesregierung dies gegebenenfalls zurück?
41. Abgeordneter
Graf Stauffenberg
(CDU/CSU) Zu welchem Zeitpunkt erhielt die Bundesregierung Kenntnis von dem Brief, den der SPD-Bundesgeschäftsführer Egon Bahr an Willi Weyer, Präsident des Deutschen Sportbunds und Mitglied des Nationalen Olympischen Komitees, schrieb und der auf der Vollversammlung des Nationalen Olympischen Komitees am 15. Mai 1980 verlesen worden ist?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

42. Abgeordneter
Thüsing
(SPD) Wie groß ist nach Informationen der Bundesregierung der Anteil der jugendlichen Strafgefangenen, die weder Hauptschul- noch Sonderschulabschluß haben, und wie groß ist der Anteil derer, die einen Schulabschluß während ihrer Inhaftierung erreichen?
43. Abgeordneter
Thüsing
(SPD) Sieht die Bundesregierung einen Zusammenhang zwischen der hohen Rückfallquote gerade jugendlicher Straftäter und nicht vorhandenen Schul- und Ausbildungsabschlüssen, und wie gedenkt sie, künftig im Bildungsbereich bessere Voraussetzungen zu schaffen, die eine Eingliederung von jungen Straftätern in die Gesellschaft erst ermöglichen?
44. Abgeordneter
Neumann
(Bramsche)
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, welche der vorgesehenen 17 Verwaltungsgerichte in den Bundesländern, die ab 1. Januar 1980 in Asylverfahren zuständig sind, ihre Tätigkeit aufgenommen haben, und in welchem Umfang bei diesen Gerichten Asylverfahren anhängig sind?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

45. Abgeordneter
Berger
(Lahnstein)
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, an die zum Truppenübungsplatz Baumholder gehörende bundeseigene Kläranlage zu deren Auslastung, was wiederum eine Voraussetzung für deren Funktionsfähigkeit wäre, die Gemeinde Reichenbach anzuschließen und dabei im Sinne eines gewissen Ausgleichs für hinzunehmende Lärm- und Militärverkehrsbelästigungen dieser Anliegergemeinde die an sich zu fordernde Anschlußgebühr zu erlassen und lediglich eine Nutzungsgebühr zu erheben?
46. Abgeordneter
Dr. Schöfberger
(SPD) Welche im Stadtgebiet von München gelegenen Bundesgrundstücke sind seit 1970 zu welchem Preis (Quadratmeterpreis und Gesamtpreis) verkauft worden?
47. Abgeordneter
Dr. Schöfberger
(SPD) An wen und mit welchen Auflagen über die künftige bauliche Nutzung sind diese Grundstücke verkauft worden?

48. Abgeordneter
Dr. Schöfberger
(SPD) Wie groß ist der im Stadtgebiet von München gelegene Besitz des Bundes an unbebauten oder mit abbruchwürdigen Gebäuden bebauten Grundstücken, und unter welchen Bedingungen ist der Bund bereit, solche Grundstücke zum Zwecke des sozialen Wohnungsbaus an private oder genossenschaftliche Bauträger zu veräußern?
49. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU) Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Entscheidung des Bundesfinanzhofs, nach der die erhöhte Abschreibungsmöglichkeit nach § 7 b des Einkommensteuergesetzes nur für ein Objekt in Anspruch genommen werden kann?
50. Abgeordneter
Dr. Ritz
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß der gegenwärtige Nordhorner Grenzübergang Frensdorferhaar den Anforderungen eines leistungsfähigen Zollabfertigungsgebäudes nicht mehr genügt?
51. Abgeordneter
Dr. Ritz
(CDU/CSU) Welche Planungen bestehen bei der Bundesregierung zur beschleunigten Verbesserung der unzulänglichen räumlichen Bedingungen bei dem Abfertigungsgebäude des Zollamts Grenzübergangsstelle Frensdorferhaar?
52. Abgeordneter
Berger
(Lahnstein)
(CDU/CSU) Ist es zutreffend, daß das Amt für Verteidigungslasten in Birkenfeld objektiv feststellbare Flurschäden an privaten Liegenschaften nur dann entschädigt, wenn die exakte Einheit und der Verband des Schädigers festgestellt werden konnte?
53. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU) Liegt der Bundesregierung mittlerweile das schriftliche Urteil vor, mit dem am 28. Januar 1980 acht Angeklagte von der 9. Großen Strafkammer des Landgerichts Darmstadt wegen der illegalen Einfuhr von 105 Millionen Zigaretten aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland verurteilt wurden, und wie beurteilt sie den offensichtlich mit Unterstützung der DDR-Behörden ermöglichten kriminellen Vorgang?
54. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU) Ist der Bundesfinanzminister bereit, die Zollverwaltung anzuweisen, daß sogenannte Stoffbesitzer Topinamburs auch dann zu Alkohol verarbeiten dürfen, wenn sie sich im Abschnitt — nach § 41 des Branntweinmonopolgesetzes — befinden, da der anderslautenden Bestimmung zu § 41 des Branntweinmonopolgesetzes die gesetzliche Grundlage nach Aufhebung des alten § 40 der Brennereiordnung entzogen wurde?
55. Abgeordneter
Bahner
(Berlin)
(CDU/CSU) Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um sicherzustellen, daß künftige Senkungen der Gewerbesteuerbelastung, die vom Bundesgesetzgeber beschlossen werden, auch die Unternehmen im gedachten Umfang erreichen, nachdem Untersuchungen des Deutschen Städtetags und des Instituts „Finanzen und Steuern“ ergaben, daß die Entlastung der Unternehmen von der Gewerbesteuer durch das Steueränderungsgesetz 1979 von den Gemeinden nicht in vollem Umfang ermöglicht worden ist?

56. Abgeordneter
Bahner
(Berlin)
(CDU/CSU)
- Ist von der Bundesregierung mittelfristig eine weitergehende Gewerbesteuerentlastung geplant, und wenn ja, zu welchem Zeitpunkt und in welchem Umfang, nachdem der Regierungsentwurf zur Steuerentlastung so gut wie keine Steuerentlastungsmaßnahmen für die Unternehmen beinhaltet?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

57. Abgeordneter
Dr. Marx
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Äußerung des Wirtschaftsexperten im sowjetischen Außenhandelsministerium, Krasnov, auf der Hannover-Messe, die Sowjetunion werde bei einer weiteren Solidarisierung der Bundesrepublik Deutschland mit den USA im Afghanistankonflikt im äußersten Notfall der Bundesrepublik Deutschland den „Erdgashahn zudrehen“?
58. Abgeordneter
Dr. Marx
(CDU/CSU)
- Sind der Bundesregierung weitere öffentliche oder nichtöffentliche Äußerungen oder Hinweise von sowjetischer Seite bekannt, wonach die Sowjetunion plant, mit Hilfe der bestehenden Erdgasverträge politischen Druck auf die Bundesrepublik Deutschland auszuüben?
59. Abgeordneter
Thüsing
(SPD)
- Treffen die Angaben von amnesty international zu, wonach aus der Bundesrepublik Deutschland Waffen nach Guatemala geliefert werden und zwar mit ausdrücklicher Genehmigung des Bundeswirtschaftsministeriums, und wenn ja, hält die Bundesregierung diese Entscheidung aufrecht, obwohl in dem mittelamerikanischen Staat – nach Informationen von amnesty international – die Menschenrechte systematisch verletzt werden und davon auszugehen ist, daß die gelieferten Waffen von der Armee wie von den berüchtigten Todesschwadronen gegen die Bevölkerung eingesetzt werden?
60. Abgeordneter
Hasinger
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß die Bundesregierung für den Fall von Engpässen bei Heizöl eine Zuteilung plant, die aus den Bezügen der letzten beiden Jahre errechnet wird und damit der Einsparung von Heizöl entgegenwirkt, weil jeder Verbraucher, der sich jetzt einschränkt, dann später mit geringeren Zuteilungen rechnen muß?
61. Abgeordneter
Wolfram
(Recklinghausen)
(SPD)
- Trifft es auch nach Ansicht der Bundesregierung zu, daß Westfalen dringend den billigen Uranstrom braucht, wie in der Ruhr-Wirtschaft 3/80 von Dr. Vollradt behauptet wird, und wenn ja, welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung daraus?
62. Abgeordneter
Wolfram
(Recklinghausen)
(SPD)
- Stimmt es, daß die regionalen Strompreisdifferenzen, vor allem zwischen den Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerken und den Vereinigten Elektrizitätswerken, aber auch den anderen Elektrizitätsversorgungsunternehmen in der Bundesrepublik Deutschland ausschließlich oder überwiegend vom Kernkraftwerkstrom beeinflußt werden, oder gibt es dafür eine Vielzahl anderer Gründe?

63. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, im nächsten Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ im regionalen Aktionsprogramm Nordeifel, Grenzraum Aachen, im Kreis Euskirchen die Gemeinde Weilerswist mit einzubeziehen, um der gesamten Arbeitsmarktregion Euskirchen eine Strukturförderung zukommen zu lassen, und warum ist dies nicht im Neunten Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe geschehen?
64. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) Wieso ist unter der Rubrik sonstige Entwicklungen im Aktionsraum beim regionalen Aktionsprogramm Eifel-Hunsrück gerade die Verkehrserschließung und die raumordnerischen Zielsetzungen in bezug auf die Strukturförderungsmaßnahmen wesentlich umfassender dargestellt als die sonstigen Entwicklungsaktionen im Aktionsraum Nordeifel-Grenzraum Aachen?
65. Abgeordneter
Hoffmann
(Saarbrücken)
(SPD) Welche Stellungnahmen liegen der Bundesregierung von den einzelnen Landesregierungen zu der Frage der Senkung des Kohlepennings vor, und wie bewertet die Bundesregierung diese Stellungnahme?
66. Abgeordneter
Dr. Haussmann
(FDP) Ist der Bundesregierung bekannt, ob Pressemeldungen zutreffen, in denen behauptet wird, daß einige Elektrizitätswerke die Sommerzeit bei der Berechnung des Nachtstromtarifs nicht beachten, d. h. der Nachtstromtarif erst ab 23 Uhr berechnet wird, und wenn ja, was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um bei den Elektrizitätswerken eine einheitliche Regelung zu erzielen, damit der Nachtstromtarif bereits – wie bisher – ab 22 Uhr seine Gültigkeit hat?
67. Abgeordneter
Bahner
(Berlin)
(CDU/CSU) Wie schätzt die Bundesregierung für 1980 nach neuestem Erkenntnisstand das Wachstum des realen und nominalen Brutto-Sozialprodukts, und welche Preiskursraten sind für den privaten Verbrauch eines vier Personen Arbeitnehmerhaushalts sowie eines Rentnerhaushalts unterstellt?
68. Abgeordneter
Bahner
(Berlin)
(CDU/CSU) Wie hoch schätzt das Bundeswirtschaftsministerium das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts für 1980 in Berlin, in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin bzw. in der Bundesrepublik Deutschland ohne Berlin ein?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

69. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU) Wieviel Liter Walöl, wieviel Elfenbein, Robbenfelle und Krokodilhäute wurden im Jahr 1979 in die Bundesrepublik Deutschland eingeführt?
70. Abgeordneter
Dr. Zumpfort
(FDP) Wird die Bundesregierung noch innerhalb dieser Legislaturperiode eine Hennenhaltungsverordnung erlassen, die versucht, gleichermaßen dem Tiererschutz, dem Umweltschutz und der Geflügelhaltung gerecht zu werden, damit die in diesen Bereichen vorhandene Unruhe aufgehoben werden kann?

71. Abgeordneter
Dr. Zumpfort
(FDP) Trägt eine solche Hennenhaltungsverordnung sowohl den Belangen der Verbraucher in bezug auf Qualität und Preis der Produkte als auch den Belangen der Geflügelwirtschaft in bezug auf die unterschiedlichen Produktionsbedingungen und bestehenden Wettbewerbsverzerrungen in der EG Rechnung?
72. Abgeordneter
Eickmeyer
(SPD) Wie kann sichergestellt werden, daß alle Bienenvölker erfaßt werden, damit gegebenenfalls z. B. der Gefahr der Varrooseuche wirksam begegnet werden kann?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

73. Abgeordneter
Braun
(CDU/CSU) Auf Grund welcher Kriterien kommt die Bundesregierung zu einem finanziellen Bedarf von ca. 30 Milliarden DM, der erforderlich wäre, wenn dem Verlangen des Verbands der Heimkehrer bei der Bewertung der Ersatzzeiten (Kriegsdienstzeit) bei der Berechnung der Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung Rechnung getragen würde?
74. Abgeordneter
Braun
(CDU/CSU) Hat die Bundesregierung im Gespräch mit dem Verband der Heimkehrer zu klären versucht, ob beide – Bundesregierung und Verband der Heimkehrer – von den gleichen Kriterien ausgehen, die eventuelle Anspruchsberechtigte zu erfüllen haben?
75. Abgeordneter
Peter
(SPD) Hält die Bundesregierung angesichts der derzeitigen Hochzinspolitik eine Verbesserung der derzeitigen Verzinsungsregelung bei Ansprüchen auf Nachzahlungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung für angebracht, und wenn ja, wird sie eine entsprechende Initiative ergreifen?
76. Abgeordneter
Hasinger
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung den Entwurf der Heilmittelrichtlinien im Hinblick auf die Einschränkung der Therapiefreiheit insbesondere bei der Verordnung von physikalischer Therapie?
77. Abgeordneter
Hasinger
(CDU/CSU) Sind die Fachverbände zu diesem Entwurf gehört worden, und wann soll der Entwurf in Kraft treten?
78. Abgeordneter
Hasinger
(CDU/CSU) Hält es die Bundesregierung für zulässig, daß eine kassenärztliche Vereinigung ihre Mitglieder auffordert, bereits jetzt nach dem Entwurf von Heilmittelrichtlinien zu verfahren, obwohl dieser Entwurf noch nicht in Kraft getreten ist, und wenn nein, was kann sie dagegen unternehmen?
79. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU) Können Presseberichte bestätigt werden, nach denen Bundesminister Dr. Ehrenberg sich dafür eingesetzt hat, daß die Bezüge der Ruhgeldempfänger nur um 4 v. H. heraufgesetzt werden, und wenn ja, wie bringt Bundesminister Dr. Ehrenberg diese Forderung mit § 70 des Beamtenversorgungsgesetzes in Einklang?

80. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU)
- Hat der Bundesbeauftragte für den Datenschutz aus datenrechtlicher Sicht Bedenken, daß mit der Abrechnung von Leistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz durch die Arbeitgeber (z. B. beim Schlechtwettergeld oder Kurzarbeitsgeld) Einblicke in die persönlichen Verhältnisse des betroffenen Arbeitnehmers ermöglicht werden (z. B. bei Ledigen mit einem Kind), und wenn ja, was wird die Bundesregierung unternehmen, um die datenschutzrechtlichen Bedenken auszuräumen?
81. Abgeordneter
Müller
(Berlin)
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, daß die Rentenversicherungsbeiträge — zwar nicht prozentual, sondern in absoluten Beiträgen — genau wie in der Vergangenheit seit 1957 entsprechend der Lohnentwicklung dynamisiert werden, die dafür gewährten Renten im Versicherungsfall jedoch ab 1981 und folgenden Jahren auf Grund des Einundzwanzigsten Rentenanpassungsgesetzes (21. RAG) um über 15 v. H. gegenüber dem alten Recht zurückbleiben?
82. Abgeordneter
Müller
(Berlin)
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, daß das Rentenniveau nach den Vorschriften des § 1272 Abs. 2 RVO bzw. § 49 AVG ohne die Erhöhung der allgemeinen Bemessungsgrundlage um den Krankenversicherungsbeitrag auf Grund des 21. RAG Artikel 3 § 1255 Abs. 2 RVO bzw. § 32 Abs. 2 AVG nur noch etwa 48 bis 49 v. H. betragen würden?
83. Abgeordneter
Müller
(Berlin)
(CDU/CSU)
- Von wem und auf welche Weise soll nach Auffassung der Bundesregierung der Krankenversicherungsbeitrag, der auf Grund des 21. RAG nach § 180 Abs. 5 RVO ab 1. Januar 1982 auf „andere den Renten vergleichbaren Einnahmen“ entfällt, an die Krankenkasse geleistet werden?
84. Abgeordneter
Müller
(Berlin)
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung überzeugt — nachdem sie den Entwurf für das vorgesehene „besondere Gesetz“ in dieser Legislaturperiode nicht mehr einbringt —, daß die unter Berücksichtigung der „anderen den Renten vergleichbaren Einnahmen“ nach § 180 Abs. 5 RVO m. E. gerade nicht wenig komplizierte Regelung dann noch rechtzeitig bis zum 1. Januar 1982 von den Versicherungsträgern realisiert werden kann?
85. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU)
- Zu welcher zusätzlichen Kostenbelastung für den Bund führt das Urteil des Bundessozialgerichts (Az. 7 RAr 24/79), wonach Asylbewerber auch ohne Aufenthaltserlaubnis theoretisch und praktisch dem Arbeitsamt zur Verfügung stehen, so daß sie Arbeitslosenunterstützung statt Sozialhilfe beziehen, wenn sie keinen Arbeitsplatz finden?
86. Abgeordnete
Frau Schleicher
(CDU/CSU)
- Was hat die Bundesregierung unternommen, um auf die EG-Staaten, die das vom Europarat 1969 vorgelegte europäische Au-Pair-Mädchen-Übereinkommen noch nicht unterzeichnet bzw. ratifiziert haben, einzuwirken?
87. Abgeordnete
Frau Schleicher
(CDU/CSU)
- Welche Möglichkeiten hat die Bundesregierung im Augenblick, um die deutschen Mädchen im Ausland zu schützen, und liegen ihr Erkenntnisse darüber vor, wieviel Hilfeersuche in den letzten Jahren von deutschen Mädchen, die z. B. in England oder Frankreich als Au-Pair-Mädchen arbeiten, an die Bundesregierung ergangen sind?

88. Abgeordnete
**Frau
Männle**
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß das arbeitsmarktpolitische Programm vom Mai 1979 eine Förderung für teilzeit-arbeitsuchende Frauen von nur 2 v. H. erfahren hat, und warum verweist die Bundesregierung gegebenenfalls dann auf die besonderen Leistungen gerade dieses Programms im Hinblick auf die größeren Anstrengungen zur Entlastung des Teilzeit-arbeitsmarkts?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

89. Abgeordneter
Würtz
(SPD)
- Trifft es zu, daß die freihändige Vergabe von Rüstungsaufträgen prozentual überaus hoch ist, und wie haben sich die genauen Daten in den Jahren 1970 bis 1979 entwickelt?
90. Abgeordneter
Berger
(Lahnstein)
(CDU/CSU)
- Ist es zutreffend, daß auf einer der Bundeswehr gehörenden Liegenschaft in Diez drei ordnungsgemäß abgestellte Privatpersonenwagen von Angehörigen dieser Dienststelle durch einen umstürzenden Flaggenmast beschädigt worden sind, die zuständige Wehrbereichsverwaltung einen Schadenersatz jedoch ablehnt, obwohl der zuständige Kommandeur in seiner Stellungnahme klar betont hat, daß der Mast innen faul gewesen und nicht gewartet worden ist?
91. Abgeordneter
Berger
(Lahnstein)
(CDU/CSU)
- Ist es zutreffend, daß Absolventen der Fachschule des Heeres für Erziehung nach Beendigung dieser Ausbildung auf Dienstposten eingesetzt werden, für die diese Ausbildung weder erforderlich noch sinnvoll ist, für die diese Soldaten dann jedoch die eigentlich erforderliche Ausbildung nicht oder nur unzureichend haben, zum Beispiel als A1-Offizier (FD) nach vorheriger Verwendung als Kompaniefeldwebel oder Instandsetzungsführer eines Panzerbataillons nach vorheriger Verwendung als Fernmeldeausbilder?
92. Abgeordneter
Biehle
(CDU/CSU)
- Stimmt die Bundesregierung der Auslegung zu, daß nach Nummer 4.2. des Erlasses über Bundeswehrurlauber-Fahrkarten und Familienheimfahrten für Soldaten zu den Kosten für Fahrten mit einem Taxi oder für Abholfahrten der Eltern bzw. Geschwister ein Zuschuß erstattet wird, wenn u. U. zwischen Wohnort und dem außerhalb dieses Orts nächstgelegenen Bahnhof keine öffentlichen Beförderungsmittel regelmäßig verkehren, und — falls das zutrifft — durch welche Maßnahmen ist sichergestellt, daß die betroffenen Soldaten von dieser Möglichkeit hinreichend Kenntnis erhalten?
93. Abgeordneter
Biehle
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß — unabhängig zu welcher Teilstreitkraft ein Wehrpflichtiger einberufen werden soll — der Einberufungsbescheid aus Fürsorgegründen grundsätzlich auch Angaben zum vorgesehenen Standort nach Abschluß der Grundausbildung enthalten sollte und bei der Truppe auch eingehalten wird, bzw. welche Maßnahmen werden ergriffen, um in Zukunft eine solche Regelung sicherzustellen?
94. Abgeordneter
Jung
(FDP)
- Worin sieht die Bundesregierung die Ursachen für die in den „Tagesthemen“ vom 12. Mai 1980 veröffentlichte Verteuerung des MRCA-Programms?

95. Abgeordneter
Jung
(FDP) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß diese Verteuerung des MRCA-Programms vorhersehbar war und weitere Kostensteigerungen zu erwarten sind?
96. Abgeordneter
Würzbach
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung ein vom Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesverteidigungsminister veröffentlichter Vortrag „Vom Umgang mit der Macht“, veröffentlicht in der „Information für die Truppe“, Heft 5/80, bekannt, und wie bewertet die Bundesregierung die darin vertretene Auffassung?
97. Abgeordneter
Würzbach
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung ebenfalls der Meinung, die in diesem Vortrag veröffentlicht wird, „daß ein beamteter, militärischer Referent, der die politische Auffassung seiner Regierung teilt, binnen angemessener Zeit konstruktive Lösungsvorschläge anbietet, während der Referent, der innerlich ein Vorhaben nicht mitträgt, selbstverständlich und guten Gewissens zunächst ausgiebig seine Bedenken vortragen wird und so einen politisch gewollten Entscheidungsgang hemmt“, und bezieht sich nach Auffassung der Bundesregierung diese Feststellung nur auf „Referenten“ oder sind auch andere Gruppen von Mitarbeitern des Bundesverteidigungsministeriums damit gemeint und falls ja, gegebenenfalls welche?
98. Abgeordneter
Würzbach
(CDU/CSU) Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung vor, die den Parlamentarischen Staatssekretär in die Lage versetzten, diese Feststellungen zu treffen, und in welchen Fällen ist sie in der Lage nachzuweisen, daß alle die „Referenten“, die die politische Auffassung der Regierung nicht teilen, keine konstruktiven Lösungsvorschläge in angemessener Zeit geliefert haben?
99. Abgeordneter
Würzbach
(CDU/CSU) Auf welchem Weg und mit welchen Mitteln stellt die Bundesregierung fest, ob Bundesbedienstete die Auffassung der Regierung teilen, welche Konsequenzen zieht sie aus ihren Feststellungen, und welchen Wert mißt sie der Selbstverpflichtung aller Bundesbediensteten bei, „der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen“?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

100. Abgeordneter
Thüsing
(SPD) Trifft es zu, daß in der vom Bundesjugendministerium herausgegebenen Broschüre „Internationale Begegnungen in Übersee“ auch Reisen und Studienaufenthalte in Guatemala angeboten werden, und wie beurteilt die Bundesregierung diese Empfehlung angesichts der zunehmenden Repression im Lande und angesichts der Entscheidung der Internationalen Union der Nahrungs- und Genußmittelgewerkschaften, die bei ihrem Kongreß Ende vergangenen Jahrs zu einem Tourismusboykott gegen Guatemala aufgerufen hat?
101. Abgeordneter
Würtz
(SPD) Wie hat sich die Zahl der therapiebedürftigen Drogenabhängigen in den letzten zehn Jahren entwickelt?

102. Abgeordneter
Dr. Rose
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß mit der letzten Nummer der Zeitschrift „Jugendpolitik“ 1/2 (1980) eine Beilage des „PDI“, also einer weit links stehenden Organisation, verteilt wurde und außerdem auf den Seiten 23 bis 27 eine einseitige polnische Geschichtsdarbietung über die deutschen Soldaten des Zweiten Weltkriegs zu finden war, und wenn ja, billigt die Bundesregierung diese Verfahrensweise des Bundesjugendrings oder sieht sie einen Anlaß zur Sperrung der Haushaltsmittel?
103. Abgeordneter
Hoffmann
(Saarbrücken)
(SPD)
- Durch welche Maßnahmen plant die Bundesregierung den negativen Auswirkungen des Urteils der 24. Zivilkammer des Landgerichts Frankfurt, nach dem einer Klägerin bestätigt wurde, daß die Anwesenheit von Schwerbehinderten im Urlaubshotel eine Urlaubsbeeinträchtigung darstelle, zu begegnen?
104. Abgeordneter
Spitzmüller
(FDP)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem Beschluß des Ersten Senats des Oberverwaltungsgerichts Berlin vom 22. April 1980, wonach die Veröffentlichung von Qualitätskennzeichen für Fertigarzneimittel des Indikationsgebiets koronare Herzerkrankungen in einer Transparenzliste durch die Transparenzkommission in der bisher geübten Praxis nicht zulässig ist?
105. Abgeordneter
Kroll-Schlüter
(CDU/CSU)
- Mit welcher Begründung erwartet die Bundesregierung von den Bundesländern die Zustimmung zum Jugendhilfegesetz ohne Finanzierungsnachweis und Aufrechterhaltung ihrer Forderung nach Umsatzsteuerneuverteilung zugunsten des Bundes, und wie will die Bundesregierung die verstärkte Elternbildung und -beratung finanzieren?
106. Abgeordneter
Kroll-Schlüter
(CDU/CSU)
- Wie will die Bundesregierung die intensive Betreuung von „Familien in Problemsituationen“ und den Ausbau der Erziehungsberatung in Übungs- und Erfahrungskursen finanzieren?
107. Abgeordneter
Kroll-Schlüter
(CDU/CSU)
- Welche Vorstellungen hat sie zur Finanzierung der Verbesserung der Betreuung von Kindern in Kinderkrippen und -horten und des Ausbaus der Familienpflege?
108. Abgeordneter
Prinz zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein
(CDU/CSU)
- Inwiefern kann der für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zuständige Mitarbeiter des Bundesgesundheitsamts, Claus Rietzschel, in einem Leserbrief in Die Zeit behaupten, dem Chef des Amts stehen als Leitungshilfe zur Verfügung: ein persönlicher Mitarbeiter mit dem Geschäftszeichen „Leiter des Büros des Präsidenten“, eine Sekretärin und zeitweise eine Schreibkraft, obwohl z. B. im Stellenplan auch ein Vizepräsident mit Besoldung nach B 4 der Leitungsebene zugeordnet ist?
109. Abgeordneter
Lenzer
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung Vorschläge, eine Impfpflicht für Röteln einzuführen?
110. Abgeordneter
Lenzer
(CDU/CSU)
- Welche rechtlichen Möglichkeiten zur Einführung einer derartigen Schutzimpfung bestehen z. Z.?

111. Abgeordneter
Dr. Jenninger
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß, obwohl im Jahr 1980 die Mittel für das deutsch-französische Jugendwerk um 10 v. H. aufgestockt wurden, eine breite Lücke zwischen den beantragten und tatsächlichen im Rahmen der vorhandenen Mittel bewilligten Maßnahmen klafft?
112. Abgeordneter
Dr. Jenninger
(CDU/CSU) Wenn ja, was will die Bundesregierung unternehmen, um diese für den deutsch-französischen Jugendaustausch gefährliche Entwicklung zu verhindern?
113. Abgeordnete
**Frau
Männle**
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß durch die wissenschaftliche Kurzzeitstudie des deutschen Jugendinstituts zum Tagesmuttermodell tatsächlich nachgewiesen werden konnte, daß die Betreuung des Kleinstkindes durch die Tagesmutter der Betreuung durch die eigene Mutter gleichwertig ist und daß dadurch ein neues Leitbild für Mütter entstehen kann, daß Mütter ihre Kinder „ohne Verlust für deren Entwicklung“ bei Tagesmüttern unterbringen können?
114. Abgeordnete
**Frau
Männle**
(CDU/CSU) Hält die Bundesregierung die gewählte quantitative Methode der Projektgruppe beim Jugendinstitut für geeignet und für ausreichend, die sozialen und emotionalen Komponenten — wie Selbstvertrauen, Angstbereitschaft, Aggressivität — differenziert zu betrachten?
115. Abgeordnete
**Frau
Männle**
(CDU/CSU) Warum wurde bei der Untersuchung auf Methoden wie Eltern-Kind Interaktionsbeobachtungen und ausführliche Explorationsgespräche verzichtet, nachdem doch gerade diese Methoden bezüglich der sozialen und emotionalen Komponenten Unterschiede zwischen dem Tagesmuttermodell und der familiellen Sozialisation deutlich machen könnten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

116. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU) Welche Änderungen in den Dienstaufgaben und bei Personalstellen treten bzw. traten im Jahr 1980 bei der Deutschen Bundesbahn zu Lasten der im Zonenrand liegenden Räume der Stadt Weiden und der Landkreise Tirschenreuth und Neustadt an der Waldnaab in Kraft?
117. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, gegebenenfalls bis wann, auch im dünn besiedelten Zonenrandgebiet einen Modellversuch zur Sanierung bzw. zur Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs zu fördern, um herauszufinden, wie der öffentliche Personennahverkehr für die Bevölkerung in den dünn besiedelten Räumen des Zonenrandgebietes aussehen könnte, damit die zunehmende Belastung der meist auf weite Anfahrtswege angewiesenen Arbeitnehmer in tragbaren Grenzen gehalten werden und wenigstens in dieser Hinsicht einigermaßen gleichwertige Lebensbedingungen im Zonenrandgebiet geschaffen werden können?

118. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU) Welche zahlenmäßige Veränderungen in der Personalstruktur der Deutschen Bundesbahn im Jahr 1980 sind auf Rationalisierung und welche auf Leistungsverlagerungen aus den zum Zonenrandgebiet gehörenden Räumen Weiden, Neustadt an der Waldnaab, Tirschenreuth zurückzuführen?
119. Abgeordneter
Pfeifer
(CDU/CSU) Treffen Pressemeldungen zu, wonach zu den Bundesstraßen, deren Baubeginn oder Weiterbau durch die neuen Haushaltskürzungen im Straßenbau gefährdet sind, auch die B 312 zwischen Reutlingen und Pfullingen gehört?
120. Abgeordneter
Pfeifer
(CDU/CSU) Wenn ja, will die Bundesregierung dann dennoch daran festhalten, den Personenverkehr auf der Bahnlinie zwischen Reutlingen und Pfullingen stillzulegen?
121. Abgeordneter
Braun
(CDU/CSU) Ist die Frage der Baulast im Rahmen des von der Stadt Remscheid vorgeschlagenen Ausbaus bzw. Verlegung der B 229 innerhalb des Stadtgebiets Remscheid geklärt, und wird gegebenenfalls die Bundesregierung eine solche Maßnahme des Vorschlags zur Berücksichtigung im Rahmen des Gesetzes über den Ausbau der Bundesfernstraßen (Drucksache 8/3662) vorsehen?
122. Abgeordneter
Dr. Schöffberger
(SPD) Wieviel Bundesmittel (planmäßige und außerplanmäßige) sind bisher für den Ausbau des Münchner Verkehrsverbunds (U-Bahnen und S-Bahnen) aufgewendet worden und werden im Jahr 1980 aufgewendet werden?
123. Abgeordneter
Würtz
(SPD) Welche Gründe sind maßgebend für die unterschiedlichen Bestimmungen über politische Werbung — insbesondere in Schautafeln — bei der Deutschen Bundesbahn gegenüber der Deutschen Bundespost, vertreten jeweils durch die Bahn- sowie die Postreklame, und ist hier an ein generelles Verbot gedacht?
124. Abgeordneter
Peter
(SPD) Hält die Deutsche Bundesbahn nach ihrer jetzigen Planung an der Absicht, die Nahe-Strecke zu elektrifizieren, fest, und wenn ja, bis zu welchem Zeitpunkt soll das Vorhaben realisiert werden, bzw. mit welchem Finanzaufwand muß gerechnet werden?
125. Abgeordneter
Dr. Becker
(Frankfurt)
(CDU/CSU) Treffen Berichte zu, daß der Bundesfinanzminister durch Nichtzurverfügungstellung der Finanzmittel darauf hinwirken will, daß ein Autobahnanschlußbau in Stadtgebieten, z. B. bei dem Autobahn-Alleenringtunnel der A 66 und dessen Anbindung im Osten an die A 661 innerhalb des Frankfurter Stadtgebiets nicht mehr durchgeführt wird?
126. Abgeordneter
Dr. Freiherr
Spies von
Büllesheim
(CDU/CSU) Welche von mir vorgetragene — oder welche neuen — Gesichtspunkte waren es, die die Deutsche Bundesbahn dankenswerter Weise dazu geführt haben, ihre zuletzt im Schreiben des Präsidenten der Deutschen Bundesbahn, Dr. Vaerst, an mich vom 8. April 1980 bestätigte endgültige Haltung am 7. Mai aufzugeben, den Personenverkehr auf der Bahnstrecke Baal-West — Dalheim zum 31. Mai 1980 nicht stillzulegen und diese Absicht noch einmal zu überprüfen?

127. Abgeordneter
**Dr. Freiherr
Spies von
Büllesheim**
(CDU/CSU)
- An welchen konkreten Aspekten wird die Deutsche Bundesbahn diese Überprüfung messen, und bis spätestens wann wird die – erhoffte – Entscheidung gefallen sein, dem betroffenen Raum die Bundesbahnstrecke auch für den Personenverkehr zu erhalten?
128. Abgeordneter
**Wimmer
(Mönchen-
gladbach)**
(CDU/CSU)
- Ist es zutreffend, daß für die durch das Land Nordrhein-Westfalen im Auftrag des Bundes durchgeführten Maßnahmen beim Bau von Fernstraßen im wesentlichen Umfang für das Jahr 1980 geplante Bauvorhaben vor allem auf dem Gebiet des Umweltschutzes und der Verkehrssicherheit, deren Baubeginn für Frühjahr, Sommer und Herbst 1980 vorgesehen war, wegen einer kritischen Haushaltslage nicht mehr ausgeführt werden können, und wie beurteilt in diesem Zusammenhang die Bundesregierung die Möglichkeit der Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen, entsprechend der Planung für 1980 qualitätsverbessernde Vorhaben z. B. für den Lärmschutz an bestehenden Straßen in Übereinstimmung mit dieser Planung verwirklichen zu können?
129. Abgeordneter
**Wimmer
(Mönchen-
gladbach)**
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung angeben, warum bei den Behörden im Land Nordrhein-Westfalen, die als Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen im Auftrag des Bundes den Fernstraßenbau ausführen, für die Bereiche Investitionen und Unterhaltung im Mai 1980 bereits bis zu 90 v. H. der für das Gesamthaushaltsjahr 1980 zur Verfügung stehenden Mittel verbraucht worden sind, und um welchen Prozentsatz handelt es sich bei den sogenannten Bereichen A und B (Investitionen und Unterhaltung) für die jeweiligen Landesstraßenbau-, Fernstraßenbau- und Autobahnämter der beiden Landschaftsverbände?
130. Abgeordneter
**Wimmer
(Mönchen-
gladbach)**
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung angeben, warum entgegen einer Zusage und entsprechenden Planung der Straßenbaubehörde nach Abschluß des Ausbaus der Autobahn Düsseldorf – Mönchengladbach auf insgesamt sechs Spuren zwischen der Stadtgrenze Düsseldorf und dem Autobahnkreuz Kaarst die Lärmschutzanlage in Höhe der Abfahrt zur B 9 zum Schutz der dort lebenden Meerbuscher Bürger nicht wie vorgesehen im Frühjahr 1980 errichtet worden ist, und ist die Bundesregierung bereit, den Bau dieser Lärmschutzanlage noch für 1980 zu veranlassen?
131. Abgeordneter
**Wimmer
(Mönchen-
gladbach)**
(CDU/CSU)
- Ist es zutreffend, daß die an der Autobahn Krefeld – Köln in Höhe des Kaarster Kreuzes vorgesehene Lärmschutzanlage, deren Ausbau für den Sommer 1980 ausgeschrieben werden sollte, vorerst nicht gebaut werden kann, und gilt dies ebenso für die Lärmschutzvorhaben in Meerbusch-Bovert, Jüchen und Jüchen-Gubberath, und wann ist mit einem Ausbau zu rechnen?
132. Abgeordneter
Dr. van Aerssen
(CDU/CSU)
- Warum wurde das Projekt Niederrheinvertiefung nur nachrichtlich in die jüngste Fortschreibung der Bundesverkehrslageplanung aufgenommen, obwohl auf Grund einer gefertigten Kosten-Nutzenanalyse erhebliche gesamtwirtschaftliche Ersparnisse errechnet wurden, und warum wurde das Projekt an die EG-Kommission weitergeleitet?

133. Abgeordneter
Dr. van Aerssen
(CDU/CSU) Beabsichtigt die Bundesregierung eine Aufnahme dieses Projekts in die Liste über europäische Verkehrsengpässe bei der EG-Kommission europäische Investitionshilfen zu erhalten, zumal im Rahmen der Bundesverkehrswegeplanung festgestellt wurde, daß eine Investition von 45 Millionen DM das 5 1/2fache an gesamtwirtschaftlichen Ersparnissen bringen würde?
134. Abgeordneter
Dr. van Aerssen
(CDU/CSU) Bis zu welchem Datum rechnet die Bundesregierung mit einer verbindlichen Nachricht seitens der EG-Kommission?
135. Abgeordneter
Seiters
(CDU/CSU) Welche Absichten mit welchen Auswirkungen auf die Arbeitsplätze werden mit der vorgesehenen Umwandlung des Rangierbahnhofs Rheine in einen Knotenpunktbahnhof verfolgt, und ist es zutreffend, daß ebenfalls die Auflösung der Lehrwerkstatt im Bahnbetriebswerk Rheine vorgesehen ist?
136. Abgeordneter
Dr. Köhler
(Wolfsburg)
(CDU/CSU) Welche Pläne und Zeitvorstellungen bestehen für den Ausbau der über den Mittellandkanal in Wolfsburg — Vorsfelde führenden innerstädtischen Brücke, nachdem dieser Umbau auf Grund der Vereinbarungen des Verkehrsvertrags mit der DDR und durch den geplanten Ausbau des Mittellandkanals notwendig geworden ist?
137. Abgeordneter
Dr. Köhler
(Wolfsburg)
(CDU/CSU) Welche Pläne und Zeitvorstellungen bestehen für die Beseitigung des schienengleichen Bahnübergangs am Bahnhof Vorsfelde (Reislinger Straße)?
138. Abgeordneter
Hoffmann
(Saarbrücken)
(SPD) Welche prozentualen Anteile der Wegekosten finanziert der Steuerzahler nach den jüngsten verfügbaren Zahlen der Bundesregierung für die verschiedenen Verkehrsträger Bahn, Binnenschifffahrt, Flugverkehr und Straßenverkehr?
139. Abgeordneter
Josten
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, die Ortsumgehung Altenahr im Zuge der B 257 auf Grund der inzwischen unhaltbar gewordenen Verkehrssituation vorrangig in Angriff zu nehmen?
140. Abgeordneter
Josten
(CDU/CSU) Welche Entscheidung hat das Bundesverkehrsministerium inzwischen bezüglich der Trassenführung der B 257 im Rahmen der Ortsumgehung Altenahr getroffen?
141. Abgeordneter
Peiter
(SPD) Wie ist der Stand der Planungen der Ortsumgehung Hachenburg (B 413)?
142. Abgeordneter
Dr. Bußmann
(SPD) In welchem Umfang sind die Mittel für den Bundesfernstraßenbau im Jahr 1980 für das Land Nordrhein-Westfalen für Autobahnen (A-Mittel) und für Bundesstraßen (B-Mittel) schon fest vergeben bzw. für Vorhaben noch verfügbar?
143. Abgeordneter
Dr. Bußmann
(SPD) Besteht die Möglichkeit, A-Mittel (Autobahnen) für Bauvorhaben im B-Mittel-Bereich einzusetzen, wenn es sich bei den Projekten um Autobahnen handelt, deren Umwidmung von Bundesstraßen in Autobahnen mangels unterbliebener Korrektur in den Haushaltstiteln des Verkehrsetats 1980 noch nicht erfolgt ist?

144. Abgeordneter
Dr. Bußmann
(SPD) Wie hoch veranschlagt die Bundesregierung den Erlös aus Grundstücksverkäufen aus dem Trassen-
gelände aufgegebener Autobahn- und Bundesstra-
ßenplanungen im Haushaltsjahr 1980 und in den
Jahren der mittelfristigen Finanzplanung?
145. Abgeordnete
Frau
Dr. Lepsius
(SPD) Kann die Bundesregierung Auskunft über den gegen-
wärtigen Stand der zwischen der Bundesrepublik
Deutschland und der französischen Regierung ge-
führten Verhandlungen über die anstelle eines Stau-
stufenbaus bei Neuburgweier/Au ins Auge gefaßte
Geschiebezugabe erteilen, insbesondere unter Be-
rücksichtigung der von französischer Seite gestellten
finanziellen Zugeständnisse und neuer baulicher
Erfordernisse, wie sie von den angrenzenden fran-
zösischen Gemeinden am Rhein gestellt worden
sind?
146. Abgeordnete
Frau
Dr. Lepsius
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, zur Aussetzung des
Staufstufenbaus Neuburgweier/Au finanzielle Zuge-
ständnisse zu machen, und wann ist gegebenenfalls
mit einem positiven Abschluß der Verhandlungen
zu rechnen?
147. Abgeordnete
Frau
Dr. Lepsius
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, die im Zusammen-
hang mit dem Bau der Staustufe Iffezheim noch an-
hängige Geländeentschädigung für die Gemeinde
Iffezheim nach Vorlage von zwei erstinstanzlichen
Urteilen zugunsten der Gemeinde Iffezheim im
Wege eines außergerichtlichen Vergleichs abzuschlie-
ßen und der Gemeinde Iffezheim die in beiden Ur-
teilen eingeräumten Entschädigungen in Höhe von
rund 5 Millionen DM zuzugestehen?
148. Abgeordneter
**Prinz zu Sayn-
Wittgenstein-
Hohenstein**
(CDU/CSU) Haben die Schäden auf der Bundesautobahn 4 Köln
– Olpe im Abschnitt Reichshof/Eckenhagen – Wen-
dener Kreuz, die erneut zu einer Teilspernung dieses
Streckenabschnitts geführt haben, die gleichen Ur-
sachen, wie sie vom Bundesverkehrsminister in der
Antwort vom 27. September 1979 angeführt wur-
den?
149. Abgeordneter
**Prinz zu Sayn-
Wittgenstein-
Hohenstein**
(CDU/CSU) Zu welchem Ergebnis hat das in der damaligen Ant-
wort erwähnte Beweissicherungsverfahren geführt?
150. Abgeordneter
**Prinz zu Sayn-
Wittgenstein-
Hohenstein**
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Haftung für
die erheblichen Schäden in diesem Streckenab-
schnitt?
151. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU) Ist der Bundesverkehrsminister bereit, den Vorschlä-
gen der Stadt Baden-Baden Rechnung zu tragen, die
vorsehen, daß die Rheinstraße zur Entlastung des
Wohnbereichs Baden-Baden – Weststadt an die
B 500 (Autobahnzubringer) angebunden wird, und
wie weit sind zutreffendenfalls die entsprechenden
Planungen gediehen?
152. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß die Bundesregierung beabsichtigt,
eine eigene Kiesgrube in Betrieb zu nehmen, in der
der Kies gefördert werden soll, der zur Geschiebe-
beigabe hinter der Rheinstaufstufe Iffezheim be-
nötigt wird?

153. Abgeordnete
Frau Hoffmann (Hoya)
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung Auskunft geben, wie sich die Förderung des Bundes für neue Technologien im schienengebundenen Nahverkehr einerseits und beim Omnibus andererseits seit 1960 entwickelt hat, und kann sie zu diesem Zweck Zahlen vorlegen?
154. Abgeordnete
Frau Hoffmann (Hoya)
(CDU/CSU) Welche Verkehrsteilung zwischen schienengebundenem öffentlichen Nahverkehr einerseits und dem Einsatz von Omnibussen im Nahverkehr andererseits legt die Bundesregierung ihren Prognosen für die nächsten Jahre zu Grunde?
155. Abgeordnete
Frau Hoffmann (Hoya)
(CDU/CSU) Hat die Bundesregierung bereits konkrete Anhaltspunkte hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit der verschiedenen in der Entwicklung befindlichen Busverkehrssysteme?
156. Abgeordneter
Pfeffermann
(CDU/CSU) Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, auf die Deutsche Bundesbahn dahin gehend einzuwirken, daß in den Ballungsgebieten, wie z. B. im Rhein/Main-Gebiet, in denen zugunsten des Fernverkehrs in den Morgen- und Abendstunden zu Lasten der Berufspendler wichtige Nahverkehrsverbindungen entfallen, Fernverkehrsverbindungen von den Pendlern ohne besonderen Zuschlag benutzt werden können?
157. Abgeordneter
Pfeffermann
(CDU/CSU) Wie bewertet die Bundesregierung in diesem Zusammenhang die Kritik, wie sie z. B. im Darmstädter Echo vom 13. Mai 1980 von der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands, den Bahnverkehr Darmstadt — Frankfurt/M. betreffend, geäußert wurde, im Darmstädter Raum sei zu beobachten, daß sich im Nahverkehrsbereich durch das Wegfallen wichtiger Zugverbindungen in den Morgen- und Abendstunden das Angebot verschlechtert hat, und welche Möglichkeiten der Abhilfe sind gegeben?
158. Abgeordneter
Dr. Zumpfort
(FDP) In welchem Umfang verwendet die Deutsche Bundespost für ihre Druckerzeugnisse, z. B. für Telefonbücher, Formulare, Druckschriften, Briefumschläge im Postscheckdienst, umweltfreundliches, aus Altpapier hergestelltes Papier?
159. Abgeordneter
Dr. Zumpfort
(FDP) Ist die Deutsche Bundespost bereit, den Einsatz von umweltfreundlichem Papier auszuweiten?
160. Abgeordneter
Würtz
(SPD) Warum verlangt die Deutsche Bundespost für die neuen Telefonhörer für Hörbehinderte eine monatliche Gebühr von 1,20 DM bzw. 1,10 DM?
161. Abgeordneter
Schröder (Lüneburg)
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß für Telefongespräche von der Bundesrepublik Deutschland in die USA erheblich höhere Gebühren als für Gespräche aus den USA in die Bundesrepublik Deutschland — der Unterschied beträgt bei einem vier Minuten Gespräch rund 20 DM — berechnet werden, und wenn ja, besteht die Absicht, diese Gebühren in absehbarer Zeit zu senken und sie den preisgünstigeren Tarifen für Gespräche aus den USA anzupassen?

162. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU) Wird die Bundesregierung den Postreisedienst in die öffentlich-rechtliche Verkehrsverwaltung der Deutschen Bundesbahn einbringen, oder zieht sie im Hinblick auf die Wirtschaftlichkeit und Qualität der Verkehrsbedienung eine privat-rechtliche Organisation der Busdienste vor?
163. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU) Welche Investitionen sieht die Deutsche Bundespost in diesem und im nächsten Jahr im Landkreis Rendsburg-Eckernförde vor, und wie hoch sind für die einzelnen Maßnahmen die Kosten veranschlagt worden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

164. Abgeordneter
Francke
(Hamburg)
(CDU/CSU) Wie hat sich die monatliche Belastung für ein neuerrichtetes durchschnittliches mit ca. 20 v. H. Eigenkapital finanziertes Eigenheim in den letzten drei Jahren entwickelt, und welcher Anteil an der Belastung entfällt jeweils auf die Grundstücks-, die Bau-, die Bewirtschaftungs- und die Kapitalkosten, und was hat die Bundesregierung bisher unternommen, um diesen Kostensteigerungen entgegenzuwirken und mit welchem Erfolg?
165. Abgeordneter
Hoffie
(FDP) Hält die Bundesregierung gesetzliche Vorschriften für den Einbau von Brand- und Rauchmeldern auch in privaten Haushalten für notwendig, nachdem Jahr für Jahr Hunderte von Menschen einem Brand- und Giftgastod zum Opfer fallen?
166. Abgeordneter
Hoffie
(FDP) Wenn nein, welche Möglichkeiten will die Bundesregierung ergreifen, um vor allem für sogenannte Schwelbrände, die einem offenen Brandausbruch meist unentdeckt vorausgehen und bei denen Hausbewohner vom schleichenden Tod im Schlaf überrascht werden, entgegenzuwirken?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

167. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU) Welche Gegenleistung erbringt die DDR bei der Regelung der Verkehrsprobleme am Zonengrenzübergang Wartha/Herleshausen, an der die DDR wegen des hohen Anteils ihrer Lastkraftwagen am Gesamtverkehr mindestens ebenso interessiert sein müßte wie die Verkehrsteilnehmer aus der Bundesrepublik Deutschland?
168. Abgeordneter
Hauser
(Bonn-Bad
Godesberg)
(CDU/CSU) Was gedenkt die Bundesregierung in Zukunft dagegen zu unternehmen, daß der Veranstalter eines Auftritts eines mitteldeutschen Orchesters diesen Auftritt grundsätzlich mit dem Zusatz „aus der DDR“ anzukündigen hat?
169. Abgeordneter
Hauser
(Bonn-Bad
Godesberg)
(CDU/CSU) Warum hat es die Bundesregierung bisher versäumt, gegen diese Praktiken zu protestieren, um somit eine erneute Verstärkung der Teilung Deutschlands zu verhindern?

170. Abgeordneter
Schmidt
(Kempten)
(FDP) Werden die Mittel, die der Bund den Ländern zur Förderung der Reisen von Jugendlichen nach West-Berlin gewährt, von allen Ländern aufgestockt, und wenn nein, welche Länder fördern diese Reisen nicht auch aus eigenen Mitteln?
171. Abgeordneter
Schmidt
(Kempten)
(FDP) Kann die Bundesregierung darüber Auskunft geben, in welcher Größenordnung und in welchen Zuwachsraten der Bund und die Bundesländer Reisen von Jugendlichen 1978/1979 gefördert haben?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

172. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD) Inwieweit strebt die Bundesregierung eine Kooperation oder Koordinierung mit den USA auf dem Gebiet der langfristigen Wissenschaftsprogramme an, die gemäß einer Direktive des US-Kongresses zu einer Koordinierung von Wissenschafts-, Technologie- und Außenpolitik führen sollen (siehe z. B. Amerika-Dienst vom 30. April 1980)?
173. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD) Inwieweit hält die Bundesregierung eine europäische bzw. bundesdeutsche Kooperation mit den USA auf dem Gebiet der Fusionsforschung für erstrebenswert, und welche Initiativen hat sie dazu gegebenenfalls ergriffen?
174. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD) Welche Überlegungen stellt die Bundesregierung auf Grund der Bemühungen namhafter Kohlegesellschaften zu einer verstärkten Förderung der Untertagevergasung an, damit auch die Kohlelagerstätten unterhalb 1 500 m genutzt werden können?
175. Abgeordnete
Frau
Dr. Walz
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung das Verfahren des „Fluid-Wall“-Reaktors der amerikanischen Firma Thagard Technology Co. zur Vergasung von Kohle, kommunalem Müll, Klärschlamm sowie landwirtschaftlichen Abfällen bekannt, und hält sie es für eine ernsthafte Möglichkeit der technisch nutzbaren Energiegewinnung in großem Maßstab, und welche Einzelheiten sind ihr über dieses Verfahren bekannt?
176. Abgeordnete
Frau
Dr. Walz
(CDU/CSU) Sieht die Bundesregierung die Möglichkeit, mit Hilfe dieses Verfahrens thermische Kraftwerke kostengünstig über längere Zeit in Betrieb zu halten?
177. Abgeordnete
Frau
Dr. Walz
(CDU/CSU) Gibt es nach dem Wissensstand der Bundesregierung entsprechende Verfahren in der Bundesrepublik Deutschland oder in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft, und wäre sie unter Umständen bereit, entsprechende Demonstrationsvorhaben finanziell zu fördern?
178. Abgeordnete
Frau
Dr. Walz
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung grundsätzlich die Chancen, mit Hilfe dieses technischen Verfahrens die Probleme sowohl der Abfallbeseitigung als auch der Deckung des Energiebedarfs in Ballungsgebieten zu lösen?

179. Abgeordneter
Hoffmann
(Saarbrücken)
(SPD) Welche Gründe sind nach Meinung der Bundesregierung ausschlaggebend für den Beschluß der Max-Planck-Gesellschaft gewesen, das Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich technischen Welt in Starnberg zum 30. Juni dieses Jahrs zu schließen?
180. Abgeordneter
Dr.-Ing.
Laermann
(FDP) Verfügt die Bundesregierung über Erkenntnisse zur Möglichkeit der Nutzung von Brennstoffzellen, in denen Kohle direkt oder in Form von chemisch geeigneten Verbindungen elektrochemisch mit Sauerstoff zu CO₂ umgesetzt wird?
181. Abgeordneter
Dr.-Ing.
Laermann
(FDP) Sieht die Bundesregierung in diesem Verfahren, das in der Fachliteratur beschrieben und durch Ostwald 1894 prinzipiell beschrieben wurde, eine Möglichkeit, heimische Kohle umweltfreundlich bei zugleich wesentlich höherem thermodynamischen Wirkungsgrad in elektrische Energie umzusetzen?
182. Abgeordneter
Dr.-Ing.
Laermann
(FDP) Wäre die Bundesregierung bereit, die Entwicklung eines Kraftwerks auf Brennstoffzellenbasis mit öffentlichen Mitteln zu fördern?
183. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU) Welche Cadmiummenge ist zur Herstellung einer Fläche von Cadmiumsulfid-Dünnschicht-Solarzellen (CDS) mit einer elektrischen Spitzenleistung von einem Megawatt erforderlich, in welchem Verhältnis zur gegenwärtigen jährlichen CDS-Produktion insbesondere für die Kunststoff- und Lackindustrie steht diese Menge, und wie begründet die Bundesregierung in dieser Hinsicht die umweltbelastenden Auswirkungen der Weiterentwicklung der Cadmiumsulfid-Zellentechnologie?
184. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU) Zu wievielen und zu welchen Veranstaltungen im Bundestagswahlkreis Esslingen benutzte Bundesforschungsminister Dr. Hauff für den Transport ein Flugzeug der Bundeswehr seit seinem Amtsantritt als Bundesminister?
185. Abgeordneter
Dr. Stavenhagen
(CDU/CSU) Wie hoch waren die Ausgaben des Bundesforschungsministeriums bzw. seines Vorgängers im Zeitraum 1969 bis 1979 für Projektförderung und institutionelle Förderung?
186. Abgeordneter
Dr. Stavenhagen
(CDU/CSU) Wie viele Personen waren im Zeitraum 1969 bis 1979, jeweils auf das Jahr gerechnet, für das Bundesforschungsministerium oder seinen Vorgänger tätig?
187. Abgeordneter
Dr. Stavenhagen
(CDU/CSU) Wieviel Forschungsprojekte wurden in den Jahren 1969 bis 1979 auf das Jahr gerechnet vom Bundesforschungsministerium bzw. seinem Vorgänger betreut?
188. Abgeordneter
Dr. Stavenhagen
(CDU/CSU) Welche Forschungsprogramme der Bundesregierung, differenziert nach Ausgabenvolumen und Laufzeit, sind zur Zeit gültig?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Bildung und Wissenschaft**

189. Abgeordneter
Weisskirchen
(Wiesloch)
(SPD)
- Trifft die im Deutschland-Union-Dienst vom 1. April 1980 erhobene Behauptung zu, die Bundesregierung habe die Erarbeitung des Vorschlags der Industriegewerkschaft Chemie, Papier und Keramik zur Reform des Chemiestudiums mit 1,3 Millionen DM finanziell unterstützt, und stimmt die Bundesregierung gegebenenfalls der Meinung zu, dieser „Vorschlag“ sei ein „Versuch massiver Einflußnahme von gewerkschaftlicher Seite auf die Hochschule“ und gefährde die Freiheit von Forschung und Lehre?
190. Abgeordneter
Weisskirchen
(Wiesloch)
(SPD)
- Wie schätzt die Bundesregierung die Beteiligung der Gewerkschaften an der überregionalen Studienreform im allgemeinen ein?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
wirtschaftliche Zusammenarbeit**

191. Abgeordneter
Neumann
(Bramsche)
(SPD)
- In welchem Umfang hat die Bundesrepublik Deutschland auch mit Mitteln der öffentlichen Entwicklungshilfe der thailändischen Grenzbevölkerung im thailändisch-kambodschanischen Grenzgebiet geholfen, welches durch den Flüchtlingsstrom aus Kambodscha in großem Maß belastet ist, und welche Hilfen sind für die Zukunft vorgesehen?

Bonn, den 16. Mai 1980

